PLATTFORM NEWS

PN 2/2008

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) · JUNI 2008 · EURO 2,–

FROHBOTSCHAFT:

Die ERSTE wäre die . . . erste gewesen! . . .

(Die erste österreichische Bank nämlich, die seit der Zwentendorf-Volksabstimmung bzw. seit der Tschernobyl-Atomexplosion ein Atomprojekt finanziert hätte.)

(…) Da Sie weiters auch nicht auf die Frage der im Extremfall schlagend werdenden Atomschadenshaftung eingehen, sei der Konzernleitung hier ausdrücklich die Frage gestellt: Sind ERSTE und SLOVENSKA SPORITELNA AS bereit, im Falle feststellbarer Schäden durch „Ereignisse" in einem hinzugekommenen Reaktor 3 oder 4 des KKW Mochovce Haftung gegenüber geschädigten Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen und Körperschaften zu übernehmen?

Da diese Kernfragen weiter einer Antwort harren, wird die PLAGE zum 22. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl neuerlich vor der Salzburger Sparkasse als Tochterunternehmen der ERSTE BANK am Alten Markt eine Kundgebung/Mahnwache abhalten. (…)

Mag sein, daß diese Passage aus dem PLAGE-Brief (vollständiger Text S. 2) das mulmige Gefühl in der Magengrube der ERSTE- und Sparkassen-Manager noch entscheidend verstärkt hat: Im Hintergrund "winkten" wir hier mit dem österreichischen Atomhaftungsgesetz von 1999, aufgrunddessen jedenfalls österreichische Banken für atomverursachte Schäden an Eigentum und Gesundheit der österreichischen Bevölkerung gerichtlich verfolgt werden können. Die Banken bekamen das Fax am Vormittag des 23. April 2008, am späten Nachmittag erging die Erklärung von ERSTE-Sprecher Mauritz, die Bank werde sich nicht an der Finanzierung des Ausbaues von Mochovce (AKW-Blöcke 3 und 4) beteiligen. Die geplante Mahnwache am 24.4. gestaltete sich entsprechend der Frohbotschaft dann anders… (siehe S. 3).

PLAGE · Nonntaler Hauptstraße 86 · A-5020 Salzburg · Tel. und Fax 0662/643567 · www.plage.cc · Spenden: Salzburger Sparkasse, Kto. 1313

Umweltschutzpreise: Land Salzburg 1987,
Stadt Linz 1997, Land Oberösterreich 1998,
Konrad-Lorenz-Preis 1991

pla_ge

Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren & Zukunftswerkstatt Energie

A-5020 Salzburg (Austria)
Nonntaler Hauptstraße 86

Telefon/Fax: +43-(0)662-643567
e-Mail: Info@plage.cc
Internet: www.plage.cc

An den Vorstand der Salzburger Sparkasse
Mag. J. LASSACHER & Mag. Ch. PAULWEBER
5020 SALZBURG
und der ERSTE BANK,
z.Hd. Konzernsprecher **Michael MAURITZ**
1010 WIEN

Sehr geehrte Herren Direktoren der Salzburger Sparkasse!
Sehr geehrter Herr Mauritz!

Wir danken Ihnen für Ihre freundlichen Briefe vom 21.3. bzw. 13.3.2008 (eingelangt 28.3.).

Was den Umstieg mit unseren Konten zu einer anderen Bank betrifft, haben wir noch nicht entschieden; wir lassen noch möglichst genau prüfen, wie das Verhältnis zwischen ERSTE BANK und den Sparkassen-Töchtern für uns als Kunde der Salzburger Sparkasse einzuschätzen ist. Ihre Schreiben lassen Verständnis für unsere und anderer Bürger Bedenken gegenüber der Atomenergienutzung im allgemeinen und angesichts der Sicherheitsproblematik - des berühmt-berüchtigten "Restrisikos" - im besonderen anklingen. Solches Verständnis freut uns selbstverständlich mehr als das Gegenteil. Ihre Schreiben gehen allerdings nicht auf die darüberhinaus zusätzliche Sicherheitsproblematik eben der geplanten Blöcke Mochovce 3 und 4 ein: den Rückgriff auf weit zurückliegenden Pläne, den fehlenden Sicherheitsmantel (Containment), den eklatanten Mangel an Bürgerbeteiligung und an Beteiligung von Instanzen benachbarter Staaten (wodurch zwangsläufig das Sicherheitskonzept, die geplanten Sicherheitsmaßnahmen sowie deren Umsetzung ungleich weniger auf ihre Tauglichkeit abgeklopft - sondern vielmehr "durchgewunken" - werden).
Da Sie weiters auch nicht auf die Frage der im Extremfall schlagend werdenden Atomschadenshaftung eingehen, sei Ihnen – in diesem Fall der Konzernleitung – hier ausdrücklich die Frage gestellt: Sind ERSTE und ist SLOVENSKA SPORITELNA AS darauf eingestellt und bereit, im Falle feststellbarer Schäden durch „Ereignisse" in einem hinzugekommenen Reaktor 3 oder 4 des KKW Mochovce Haftung gegenüber geschädigten Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen und Körperschaften zu übernehmen?
Da diese Kernfragen weiter einer Antwort harren, wird die PLAGE zum 22. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl neuerlich vor der Salzburger Sparkasse als Tochterunternehmen der ERSTE BANK am Alten Markt eine Kundgebung/Mahnwache abhalten. Die Frage Herrn Mauritz' an uns, ob nicht die Einleitung eines Umdenkprozesses in der lokalen Bevölkerung effizienter wäre, spricht Faktoren an, deren Beeinflussung weit über unsere Mittel hinausgeht: sie beginnen bei den Strukturen des Sowjetimperiums, gehen über den Schulterschluß zwischen west- und osteuropäischer Atomwirtschaft nach dem Umbruch bis zum damit beharrenden „vordemokratischen" Zustand gerade im Atombereich (nicht nur) in Osteuropa.

Mit dem Ausdruck unseres Bedauerns darüber, Sie in dieser Weise behelligen zu müssen, und mit freundlichen Grüßen verbleibe ich f. d. PLAGE:

Heinz Stockinger, Obm.

SAGER

„Daher wurden nur wenige, wenn überhaupt welche, zur Gänze privat finanziert."

Die britische Finanzzeitschrift THE BANKER am 7.4.08 über AKWs – und deren angebliche Wirtschaftlichkeit – generell, sowie über die Bekundung der britischen Regierung, das eben beschlossene Programm zum Ersatz der auslaufenden AKWs durch neue müsse „ausschließlich privat finanziert" werden. Die Bankzeitung hat ihre Zweifel, denn: „Die Entwicklung von Nuklearprojekten ist bekannt langwierig und sündteuer."

VERSAGER

„Wir vergeben das Geld nur für Sicherheitsmaßnahmen."

Ein ERSTE-BANK-Manager lt. Dr. Gernot NEUWIRTH, ERSTE-Kunde und Zeuge der Äußerungen anläßlich einer von der Bank gesponserten Lehrveranstaltung mit Diskussion an der Wirtschaftuni (WU) Wien. Dr. Neuwirth, der dort unterrichtet: „Die Bank hat also offenbar ein Geld mit Mascherl erfunden."

„Zum Beispiel bessere Zufahrtsstraßen für den Fall eines Unfalles."

Ein ERSTE-BANK-Manager, lt. Ohrenzeuge Dr. Gernot NEUWIRTH (siehe oben).

„…stellt den bisher schwerwiegendsten Versuch der Atomlobby dar, das Niveau der nuklearen Sicherheit in der erweiterten Union zu senken".

Das sagt der Atombeauftragte der oö. Landesregierung, Radko PAVLOVEC, zur beabsichtigten Fertigstellung der Blöcke Mochovce 3 und 4, weil ein neuer Atomreaktor ohne Sicherheitsmantel in EU-Staaten vor der Osterweiterung unmöglich eine Genehmigung erhalten hätte. Gleichzeitig hat es lt. Pavlovec auch noch keinen derart eklatanten Versuch gegeben, „die UVP-Pflicht" für Atomanlagen in der EU „zu umgehen".

Atomarer Lichtblick zum 22. Tschernobyl-Jahrestag: Keine österreichische „Atom-Bank"

ERSTE steigt aus Mochovce-Finanzierung aus!

Kein Grund mehr, Salzburger Sparkasse den Rücken zu kehren

Erste Protestkundgebung am 15.2.08. In der Mitte PLAGE-Aktivistinnen A. Kohlendorfer und C. Schaller; mit Haube und abgewandt: Kristin Müller.

Gen.-Dir. M. Lassacher (Sbg. Sparkasse), Th. Neff, H. Stockinger und G. Kremsmair (PLAGE).

Der Tschernobyl-Jahrestag 2008 wurde für die österreichischen Atomgegner in einer Weise also geradezu zum Freudentag: Nach einer wochenlangen Kampagne, an der auch die *Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)* maßgeblich beteiligt war, gab die ERSTE BANK am Mittwoch, dem 23.4.2008, bekannt, sie werde einen 3. und 4. Reaktor im slowakischen AKW Mochovce nicht mitfinanzieren. Damit veränderten sich auch Gesicht und Tenor der PLAGE-Kundgebung am 24.4. vor den Toren der Salzburger Sparkasse als 100%-Tochter der ERSTE BANK. Die zweite Aktion nach jener vom 15. Februar 2008.
Der warnende Brief der PLAGE (siehe S. 1 und 2) wurde bei der „Positiv-Kundgebung" am 24.4. unter dem erleichterten Blick des Salzburger Sparkassen-Generaldirektors M. Lassacher und unter dem Auge der ORF-Kamera von PLAGE-Obmann Heinz Stockinger demonstrativ durchgestrichen. Auch wird die PLAGE ihre Konten nicht von der Salzburger Sparkasse abziehen und niemandem zu einem solchen Schritt raten.

PLAGE-Obmann Stockinger beglückwünscht das Sparkassen-Personal mit Maiglöckerln zum Mochovce-Ausstieg der Mutterbank ERSTE.

ERSTE soll Atomfinanzierung dauerhaft ausschließen

Völlig erledigt ist die Sache für die Atomgegner allerdings nicht. Es gilt die nunmehrige Finanzkonstruktion für Energieinvestitionen in der Slowakei genau unter die Lupe zu nehmen. Es ist sicherzustellen, daß die ERSTE nicht nur pro forma ihr Geld nun ausschließlich in Projekte erneuerbarer Energie und der Energieffizienz steckt. Nach Absicht einer der kampagne-koordinierenden Organisationen, AntiAtomSzene Linz, soll das Bekenntnis der Bank zu solchen Energieinvestitionen und gegen eine Finanzierung von Atomanlagen für die Zukunft festgeschrieben werden. Auf dieses Ziel wurd u.a. mit Anfragen/Forderungen bei der ERSTE-Aktionärsversammlung am 6.5.2008 zugesteuert.

Mit Transparenten am Alten Markt vor der Sparkasse: Franziska Rucker, Gerhild Kremsmair (mit dem "überflüssig" gewordenen, durchgestrichenen Protestbrief), Gemeinderat Bernhard Carl (Bürgerliste), LAbg. Heidi Reiter (Grüne).

Gesamtes 9-Banken-Konsortium steigt aus

Daß der Ausstieg aus der Mochovce-Finanzierung nicht bloß ein Scheinausstieg ist, wird jedenfalls auch durch die Tatsache nahegelegt, daß nicht nur die ERSTE BANK, sondern das gesamte 9-Banken-Konsortium den Rückzug aus dem Vorhaben erklärt hat. Unter anderen gehören dazu die italienische Intesa Sanpaolo, die französische Société Générale mit ihrer Tochter Komerc-

ni Banka CZ, die japanische Mizuho Group. Ihr Geld steht nur noch für nicht-nukleare Energieinvestitionen in der Slowakei zur Verfügung. Der für Mochovce 3 + 4 vorgesehene (Groß-)Teil des 800-Millionen-Euro-Bankenkredits muß nun von den AKW-Betreibern/Eigentümern, dem italienischen Stromversorger ENEL und dem slowakischen Staat, die Haupt- und Minderheitseigentümer des slowakischen EVUs Slovenska Elektrarné sind, aufgebracht werden.

Österreichischer Dammbruch verhindert – ein Signal!

Die Bankenentscheidung verhindert also nicht unbedingt die Errichtung der Mochovce-Blöcke 3 und 4. Dennoch ist der Ausstieg der Banken ein Erfolg: ein Signal für die Zukunft, an die Politik, an andere Banken und an die Öffentlichkeit. Was Österreich angeht, wurde ein Dammbruch verhindert: Wenn nach massenhaftem Atomstrom durch die Hintertür, sprich Import, nun auch noch österreichische Banken Atomprojekte – im Mochovce-Fall überdies eine weitere Atomgefahr vor der Haustür – zu finanzieren begonnen hätten, wäre das eine weitere Etappe im Unterlaufen der österreichischen „Anti"atompolitik gewesen. Die Unverfrorenheit, die ein solcher Vorgang bedeutet hätte, wird einem bei folgender Vorstellung besonders drastisch bewußt: Einstieg von Banken ins Atomgeschäft, die in einem Staat zuhause sind, in dessen Verfassung die „Atomfreiheit" festgeschrieben ist: „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich" 1999!

„Atomzirkus – Der Seiltanz um das AKW Mochovce“

8.3.08. - Die *Wiener Frauen für eine atomkraftfreie Zukunft* veranstalteten am **Internationalen Frauentag 2008** eine akrobatische Kundgebung vor der ERSTE Bank am Graben in Wien, um gegen die Finanzierung der Reaktoren 3 und 4 des AKW Mochovce (Slowakei) durch die „Slovenska sporitelna“, eine Tochter der ERSTE Bank, zu protestieren. Akrobatinnen inszenierten auf dem Seil das Spiel von dem maroden AKW Mochovce, das durch die „LETZTE Bank“ mit Hilfe einer saftigen Geldspritze aus dem Dornröschenschlaf geholt werden soll. Der Zirkusdirektor kommentiert die Komödie, in der schließlich AKW und Bank unter Applaus und Bravorufen des Publikums gemeinsam abstürzen.

„Kampagne ‚Atombank nein danke!'“ – auch in Österreich Wirkung gezeigt

Initiiert von der deutschen NGO *urgewald*, konnte diese Kampagne in Deutschland im Fall des bulgarischen AKW Belene große Erfolge verbuchen. Nun auch in Österreich und darüber hinaus (> siehe Bankenkonsortium für Mochovce 3 + 4, Seite, 3 rechte Spalte). Einige Stimmen maßgeblich beteiligter österreichischer Initiativen:

„Es ist ein Freudentag, der klar zeigt, dass sich Widerstand auszahlt. Tausende Menschen und zahlreiche NGOs haben nach unserem Aufruf gegen diese Atomfinanzierung protestiert und die Erste hat letztendlich den richtigen Weg eingeschlagen“. *(Elvira Pöschko, Obfrau des Vereins AntiatomSzene, Linz)*

„Ein schöner Sieg, es ist aber abzuwarten, ob Querfinanzierungen im Hintergrund getätigt werden.“ *(Peter Rosenauer von Resistance for Peace)*

„Wir freuen uns, der Führung der Erste Bank geholfen zu haben, wirtschaftlich erfolgreich ihrem Gewissen folgen zu können.“ *(Alexander Trinkl, Vorsitzender von Agenda X – Das junge Zukunftsnetzwerk)*

SAGER gegen VERSAGER

„3. die slowakische und die italienische Regierung ausdrücklich auf das österreichische Atomhaftungsgesetz 1999 hinzuweisen.“

Auf Anraten der PLAGE am 21. Mai 2008 zusätzlich in eine Resolution des SALZBURGER LANDTAGS aufgenommen. Dieser hat die Bundesregierung aufgefordert, wegen des geplanten Ausbaues des AKW Mochovce endlich tätig zu werden. Da der slowakische Stromversorger Slovenske Elektrarné seit einigen Jahren im Besitz der italienischen ENEL ist, gelten Schadenersatzforderungen für etwaige Schäden, die Österreicher oder ihr Eigentum treffen würden, auch für italienischen Besitz in Österreich.

Besonders skandalös an Mochovce 3 + 4:

Die ERSTE Bank plante, sich über ihre hundertprozentige Tochter „Slovenska Sporitelna AS“ an der Kreditvergabe für den Ausbau des slowakischen Atomkraftwerks Mochovce (Blöcke 3&4) zu beteiligen. Und das trotz:

- veraltetem Stand der Technik: die Bauarbeiten wurden in den 90er Jahren aufgrund von Geldmangel eingestellt;
- fehlender Sicherheitshülle (Containment) – die auch nicht nachträglich dazugeplant werden kann;
- Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verweigert;
- Öffentlichkeitsbeteiligung innerhalb und jenseits der Grenzen verweigert, unter Verletzung der Espoo-Konvention, die alle EU-Staaten unterschrieben haben;
- damit zusätzliche Sicherheitsdefizite, da ohne solche Beteiligung das Sicherheitskonzept nicht durch Bürgerintiativen, kritische Experten und Instanzen benachbarter Staaten auf seine Tauglichkeit „abgeklopft“, sondern vielmehr durchgewunken wird.

SAGER gegen VERSAGER

„…von richtungsweisender Bedeutung, da die Bundesregierung bisher untätig blieb und Gefahr im Verzug besteht.“

Der oö. Atombeauftragte Radko PAVLOVEC, spendet dieses Lob der parteiübergreifenden Resolution, die der oö. Landtag am 4.2.2008 zu Mochovce 3 und 4 an die Adresse der Regierung in Wien verabschiedet hat.

„Wegen des Risikos von NGO-Kampagnen gegen diese Projekte bezweifle ich den Erfolg solcher (Atom-)Programme.“

Ein anonym bleiben wollender Bankier gegenüber der Finanzzeitschrift THE BANKER, 7.4.08, über den kürzlichen Grundsatzbeschluß der britischen Regierung für eine Wiederaufnahme des Baues von Atomkraftwerken. Derselbe weiter: „Selbst wenn ein paar Banken die öffentliche Hinrichtung riskieren wollen, wo sollen sie Banken für ein ganzes Konsortium finden?“

„Eine Nuklearanlage zu finanzieren ist ohne staatliche Beteiligung unmöglich.“

Guillaume DE LUZE, stv. Direktor in der französischen Großbank Société Générale für Kraftwerksfinanzierung in der EMEA-Region (Ost-, Südosteuropa, Naher & Mittlerer Orient, Afrika), gegenüber der Fachzeitschrift THE BANKER, 7.4.08.

Mochovce: Greenpeace-Beschwerde wegen Beihilfen

Der Teilverkauf der bis dahin rein staatlichen Mochovce- und Bohunice-Eigentümerin Slovenska Elektrarné (SE) an den italienischen Energieriesen ENEL im Mai 2006 kam u.a. auch wegen unerlaubter staatlicher Beihilfen zustande. Diesen Vorwurf erhob *Greenpeace* am 11.4.08 in einer Beschwerde an EU-Wettbewerbskommissarin Kroes.

Slowakische Behörden haben die Anforderungen an die Abwrackungs-Fonds für die AKW Mochovce und Bohunice niedriger festgelegt, als die tatsächlichen Kosten ausmachen. Erst dadurch wurde der Handel für ENEL attraktiv – ein klarer Fall unerlaubter staatlicher Beihilfe bzw ein Klassefall indirekter Subvention. (> Vgl. auch (VER)SAGER aus *THE BANKER,* links u.)

Man darf gespannt sein, ob die ansonsten so „strenge Domina des Wettbewerbs” Nelly Kroes hier der Tradition der EU-Kommission folgt, nahezu prinzipiell bei Atomanlagen keine unerlaubten Beihilfen zu bemerken – auch wenn sie mit der Nase darauf gestoßen wird. Zuletzt hatte die Kommission ja die Beschwerde des *Europäischen Erneuerbare-Energien-Verbandes (EREF)* gegen indirekte Subventionen zugunsten des schon berühmt-berüchtigten „ersten AKWs, das seit 20 Jahren in der EU gebaut wird”, Olkiluoto-3, abgewiesen. Dabei war der finnische Meiler – überdies als „Beweis” angekündigt, daß Atomkraft nunmehr unter Wettbewerbsbedingungen bestehen könne – u.a. nur dank Krediten zu unerklärlich niedrigen Zinsen in Auftrag gegeben worden. Das Bankenkonsortium unter Führung der Bayerischen Hypo-Vereinsbank stellt für den Bau einen Hunderte-Millionen-Kredit zu niedrigen Zinsen bereit, wie sie nicht einmal der deutsche Staat bekäme. Diese und weitere ins Auge springende Wettbewerbverzerrungen „sah” die EU einfach nicht.

PLAGE TAGE BUCH

31. März 2008

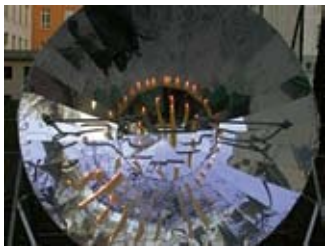
Verdienstzeichen des Landes Salzburg für Heinz Stockinger

Nach„wehen“ zum 60er des langjährigen PLAGE-Vorsitzenden, dem wie gemeldet vergangenen November bereits das Silberne Ehrensiegel der Landeshauptstadt verliehen worden war. In der Salzburger Residenz überreicht ihm hier Landeshauptfrau Gabi Burgstaller das Große Verdienstzeichen des Landes Salzburg für den langen Einsatz gegen die Atomenergie.

April 2008

4. Solarkocher-Spenden-Überweisung nach Indien

Ein ordentlicher „Batz'n“, 5.000,- Euro, geht an unsere Partner, das *Barli Development Institute for Rural Women.* Der Betrag war durch verschiedene Arten von Spenden über die Jahre 2006/2007 zustandegekommen: durch Schulaktionen (v.a. am Christian Doppler Gymnasium und am Herz-Jesu-Gymasium Liefering); durch den Verkauf von Solarkocher-Weihnachtsbillets (www.plage.cc/solarcard); und dank Großspendern: *Wiener Frauen/Plattform Atomkraftfreie Zukunft:* 1.000,-; Fam. Gölzner: 600,-; Ehepaar aus Anthering (2 x 50 Jahre Geburtstagsfest): 600,-; Natur Trend Shop Eugendorf: 500,-. Herzlichen Dank! Weitere Unterstützungen herzlich willkommen (Unter „Solarkocher für Indien“, Raika, BLZ: 35600, KtoNr. 6142871). Und bei Interesse als Schule/Klasse mitzumachen wenden Sie sich an: solarkocher@plage.cc – Ansprechpartner: Peter Machart.



Motiv eines Solarkocher-Weihnachtsbilletts. (Zu bestellen im PLAGE-Büro!)

5. April 2008

Menschenkette – für Volksabstimmung zum EU-Reformvertrag

Vom Wiener Westbahnhof zieht sich nach einer Reihe Demonstrationen in den Wochen davor am ersten April-Samstag eine wachsende Schlange durch die Mariahilferstraße bis zum Parlament. Mit der Menschenkette wird der Sitz des Nationalrates umringt, um unseren Volksvertretern von allen Seiten zu zeigen, daß die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher ihren Willen, eine Volksabstimmung über den EU-„Reformvertrag“ (Vertrag von Lissabon, 2007), von ihren Abgeordneten erfüllt sehen wollen. Denn an diesem Wochenende

vor der erwartbaren Ratifizierung des ReformV am 9.4. durch das Parlament demonstrieren die anwesenden 5000 Bürger/innen den Willen der zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung, die laut verschiedenen Umfragen ein Referendum wünschen. Auf einer Zwischenkundgebung in der Mariahilferstraße spricht PLAGE-Obmann Heinz Stockinger: So wie alle Atomgegnerverbände Österreichs tritt die PLAGE zum einen aus grundsätzlichen demokratiepolitischen Erwägungen für eine Volksabstimmung ein. Gerade weil wir uns dessen bewußt geblieben sind, wie belebend die Volksabstimmung von 1978 über das AKW Zwentendorf für Österreich war. Und wie deutlich sich die Richtigkeit dieser Übergabe der Entscheidung an den Souverän in der Folge für den Energieweg Österreichs erwiesen hat. Und wie die repräsentative Demokratie hier ohne die direkte Mitwirkung der Bürger/innen eine zentrale Weichenstellung für die Zukunft falsch getroffen hätte. Stockinger forderte schließlich als Konsequenz des unveränderten Einbaues des EURATOM-Vertrags in den Lissabonner Vertrag und der Verweigerung einer Volksabstimmung darüber den Austritt aus EURATOM: „Ankündigung der Kündigung“ durch die Bundesregierung!

5.4., Wien: PLAGE-Delegation für Volksabstimmung zum EU-Reformvertrag ("EU-Ersatzverfassung"). Hier vom Vorstand H. Stockinger (Mitte) und Th. Neff (rechts) im Zug auf der Mariahilferstraße.

28. April 2008

PLAGE-Vorstand trifft neuen Umweltlandesrat

Im Dezember 2007 trat der langjährige Umweltlandesrat und LH-Stellvertreter Othmar Raus von der vordersten Politbühne Salzburgs ab. Im Frühjahr nun klappte ein Termin mit dem von der SPÖ nominierten Nachfolger, Walter Blachfellner. Ex-Ressortchef Raus nimmt neben dem Großteil des PLAGE-Vorstandes ebenfalls an dem ausführlichen Gespräch teil und unterstützt sozusagen beide Seiten beim Kennenlernen. Mit Genugtuung vernehmen die PLAGE-Geister von Landesrat Blachfellner: „Einen stärkeren Gegner der Atomenergie als mich können Sie kaum finden.“ Neben dieser grundlegenden Übereinstimmung und dem positiven Gesprächsklima fiel aber auch Fragwürdiges auf, im Wesentlichen dieses: Daß unsere Gesellschaft mit weniger Energie für gleichbleibende Produktionseinheiten auskommen könnte bzw wird müssen, dieses Bewußtsein scheint im Mainstream der Salzburger SPÖ noch immer nicht angekommen zu sein. Dann ist es logisch, daß man bei sich abzeichnenden Energieproblemen augenblicklich in die ewig gleichen Schienen rutscht: mehr Energie (Strom) produzieren, und das mit den bekannten Kraftwerken. Allzu leicht landet man dann bei beinahe erpresserischen (Schein)Alternativen à la Friß Vogel oder stirb!: „Wenn kein Ausbau der Wasserkraft, dann bleibt nur mehr Atomstrom (aus dem Ausland)!“ So sinngemäß vor kurzem der neue und junge SPÖ-Landeshauptmann-Stv. David Brenner im Landtag. Woran stört, daß man pauschal und

24. April 2008

Barfuß für Euratom-Ausstieg

Der 25-jährige Schleedorfer Jakob Neff lief beim Linzer Marathon zehn Kilometer barfuß, um für den EURATOM-Ausstieg zu demonstrieren.

GEORG FINK

SCHLEEDORF. Als Anti-Atomlifer kann man die Schleedorfer Familie Neff bereits bezeichnen. Der Flachgauer Aktivist der Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) Thomas Neff und seine Söhne Jakob (25) und Stefan (23) haben gemeinsam mit anderen schon im Vorjahr den Linz-Marathon und den Arzref-Marathon in Salzburg genutzt, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen.

Beim diesjährigen Marathon in Linz stand wieder die Forderung nach dem Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag im Mittelpunkt einer läuferischen Demonstration der Atomkraftgegner. Jakob Neff nahm, begleitet von Vater und Bruder, die Viertelmarathonstrecke diesmal barfuß (?) in Angriff. „Frei nach dem Motto ‚Diese Energieform zieht uns die Schuhe aus'", erklärt Thomas Neff. Beim Zielerlauf schwenkten die Atomgegner große „Raus aus EURATOM"-Fahnen. „Die Zuschauer in Linz haben applaudiert", so Thomas Neff. Seinen Einsatz musste Sohn Jakob allerdings mit großen Blasen an den Füßen bezahlen, denn sein Barfußlauftraining umfasste nur zwei Mal einerhalb Kilometer.

„Österreich hat nichts im Euratom-Vertrag verloren, wir müssen aber 40 Millionen Euro jährlich dafür einzahlen", so Neff. Es sei Unrecht, die Atomkraft in der EU einseitig zu fördern, ebenso wie das Hinaufsetzen von Grenzwerten. „Die Atomindustrie ist tödlich und produziert auf Kosten der Menschen", empört sich Neff, der auch eine Verbindung zur geplanten 380-kV-Leitung durch Salzburg herstellt.

„Die 380-kV-Leitung dient hauptsächlich dem Atomstromtransit. Wir brauchen sie nicht für unsere Versorgungssicherheit", ist Neff überzeugt. Atomkraftwerke wie Temelin würden nur für den Stromexport betrieben. „Wenn ich gegen Atomstrom bin, kann ich nicht für den Transit sein." Wenn man die Leitung nicht verhindern könne, sollte sie aber wenigstens verkabelt werden, so Neff. „Es ist nicht einzusehen, dass das Lebensumfeld der Anrainer beeinträchtigt wird, damit einige wenige am Stromtransit verdienen."

Wenn man in veraltete technische Strukturen investiere, arbeite die Wirtschaft gegen ihre eigenen Ziele.

Mit großen Blasen bezahlte Jakob Neff seinen Anti-Atom-Einsatz. Laufen für „Raus aus Euratom".

Flachgauer Nachrichten
24. 4. 2008

unhinterfragt Wasserkraftwerke akzeptieren soll. (> Siehe auch zum SAG-Einstieg beim Kohlkraftwerk Lubmin, S. 8.)
Die PLAGE vertraut aber nach dem sympathischen Kennenlernen darauf, daß LR Blachfellner in umstrittenen Energiefragen die PLAGE jedenfalls anhören wird und insbesondere in atomaren Angelegenheiten das bisherige Agieren in weitgehendem Konsens weiter funktionieren wird.

2. Mai 2008

An Bundeskanzler: In Genf gegen Atomabkommen USA-Indien auftreten!

Anfang Mai fand in Genf die diesjährige NPT-PrepCom statt: der UN-Vorbereitungsausschuß für die Überprüfung des Vertrages zur Nichtweiterverbreitung der Atomwaffen (Non-Proliferation Treaty, NPT). Im Vorfeld hatte die *US-India Deal Working Group,* eine internationale NGO-Plattform, an der sich die PLAGE beteiligt, ein neues Schreiben an die Regierungen der Nuclear Suppliers Group – Atombrennstoff-Versorgerstaaten, zu denen über die EU auch Österreich gehört – verfaßt. Die PLAGE wandte sich damit erneut an Bundekanzler Gusenbauer und Außenministerin Plassnik, um sie in ihren bereits gezeigten Vorbehalten gegenüber dem Atomabkommen zwischen Indien und der Regierung Bush zu bestärken. Die Vertreter Österreichs in der PrepCom sollten sich mit den anderen kritischen Staaten zusammentun. Dem PLAGE-Brief lag eine Stellungnahme des ägyptischen NPT-Chefverhandlers bei, der sehr überzeugend gegen jede Aufweichung des Nichtweiterverbreitungsvertrages plädierte. Dazu käme es durch das US-Indien-Abkommen. Gerade aus Sicht der arabischen bzw islamischen Staaten – und für ihr künftiges Verhalten – ist die Respektierung des NPT von höchster Bedeutung: Aufweichung zugunsten Indiens Zugang zu Atommaterial und -technologien kann von Pakistan als Bedrohung und Ungleichbehandlung aufgefaßt werden – Auftrieb für Irans Atompläne und für Atom-Falken in anderen islamischen Staaten.

24. Mai 2008

4. Solartagung von InterSol und PLAGE

Zu einem Fixpunkt der Entwicklungszusammenarbeit hat sich entwickelt, was vor einigen Jahren als 1. internationale Solarkochertagung in Salzburg begann. Im Ein- bis Zweijahresrhythmus trifft sich eine 30- bis 40-köpfige Solar-„Gemeinde", in der man unter Referenten wie Zuhörern zum Teil schon bestens miteinander vertraut ist und andererseits immer wieder neue Fachleute, Projektentwickler und neue Gesichter im Publikum entdeckt. Neu war heuer zB die junge Dipl.-Ing. Katharina Geistlinger. Sie hat in Bolivien im Rahmen des facettenreichen Solarkomplexes Oruro, einem von InterSol mit lokalen Instiutionen aufgebauten Projekt, zusammen mit anderen die Akzeptanz und den Gebrauch von über 100 ursprünglich verschenkten SK14-Parabolspiegelkochern untersucht. Die eingehende Dokumentation von Erfolg und Mißerfolg, von Vorzügen und Mängeln wird ermöglichen, letztere gezielt zu beheben bzw in Zukunft zu vermeiden. Der PLAGE-Indien-Kooperation zum Einsatz von SK14-Kochern wird die nächste PN-Ausgabe gewidmet sein.

Nach spätem Ende der Tagung „geschossen" vereint das Erinnerungsfoto nur noch etwa die Hälfte der Teilnehmer- und Referent/innen der 4. Salzburger Solartagung. Vorne links und rechts neben dem SK14 die PLAGE-Solarkocherspezialisten Peter und Andrea Machart, stehend von links zu sehen sind zB SK-Erfinder Dr.-Ing. Dieter Seifert, Deepak Gadhia, Partner im Indien-Projekt, kniend links Dr. Hans Eder, InterSol. An dem in- und auswendig sonnigen Tag wurde die Stromversorgung für die benützten Geräte mit Solarstrom von draußen bestritten.

BUCHTIPP

Hermann E. OTT &
H.-BÖLL-STIFTUNG (Hrsg.):

Wege aus der Klimafalle

Hitzewellen, Überschwemmungen, Tropenstürme – der Klimawandel ist bereits in vollem Gange. Wir werden ihn nicht mehr gänzlich aufhalten können. Doch wir sollten jetzt alles daran setzen, ihn zu bremsen und seine Folgen zu mildern. Wie könnte eine entsprechend umfassende Klimapolitik aussehen? In diesem Band diskutieren hochrangige Expertinnen und Experten neue Strategien, um den Klimawandel zu begrenzen. In kurzen, verständlich geschriebenen Beiträgen stellt dieses Buch die neuesten Erkenntnisse zu den Zielen einer Klimastrategie, zur Förderung neuer Technologien und zu neuen gesellschaftlichen Allianzen vor.
„The book ‚Wege aus der Klimafalle' based on the conference ‚KyotoPlus – Escaping the Climate Trap' is an extremely useful publication that would not only provide the rationale for action but also outlines some innovative approaches and solutions to help meet this challenge beyond 2012."
(Rajendra K. Pachauri, Vorsitzender des UNO-Klimarates Intergovemmental Panel on Climate Change (IPCC), Friedensnobelpreis 2007)
Herausgeber und Mit-Autor Dr. Hermann E. Ott ist Klimapolitikexperte und Leiter des Berliner Büros des *Wuppertal Instituts für Klima-Umwelt-Energie.*

WhyWar?at

KRIEGE SIND ALLGEGENWÄRTIG

Ob in den Nachrichten, in Filmen oder Videospielen: ständig werden wir mit Krieg und Bildern von Krieg konfrontiert. Warum aber gibt es Krieg, was sind die Ursachen, Hintergründe und Folgen? Und was hat Krieg mit mir zu tun? WhyWar.at geht diesen und vielen anderen Fragen zum Thema auf den Grund. Dieses längerfristige Projekt des Friedensbüros Salzburg läuft in Kooperation mit Amnesty International, Elfi-Gmachl-Stiftung Atomfreie Zukunft, International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW/OMEGA). Details für Interessierte unter www.friedensbüro.at, T+F: (0)662-87 39 31.

hot spots SALZBURG

Salzburg AG: Beteiligung an Kohlekraftwerk Lubmin (D)

Im Salzburger Stadtsenat forderte die Bürgerliste die Ablehnung einer Beteiligung der Salzburg AG an der Errichtung eines Kohlekraftwerks auf dem Gelände eines stillgelegten Atomkraftwerkes bei Lubmin an der Ostsee (Mecklenburg-Vorpommern).
„Die Errichtung von kalorischen (Groß)Kraftwerken in Zeiten der dringend notwendigen Energiewende ist weder im nahen noch im weiteren europäischen Umfeld der richtige Weg in die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern", erklärte Stadtrat Johann Padutsch am 10. März. SPÖ und ÖVP lehnten den Antrag der Bürgerliste ab. Die SPÖ, weil Bürgermeister Schaden Kohlekraftwerke als Alternative zu Atomkraftwerken sieht, und die ÖVP aus Gründen der wirtschaftlichen Stärkung der Salzburg AG durch eine derartige Kooperation.
„Salzburg als Klimaschutzgemeinde sollte eine Vorreiterrolle in der Förderung erneuerbarer Energieträger einnehmen. Eine derartige Haltung ist jedoch ein Affront für alle Anstrengungen, die eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern anstreben" (BüLi-Klubobmann Helmut Hüttinger). *(Quelle: Bürgerliste Salzburg, 10.3.2008)*

Kommentar: *Vor rund eineinhalb Jahren meinte die grüne LAbg. Heidi Reiter, ÖVP und SPÖ sollten wenigstens das eigene Landesenergieleitbild ernstnehmen; darin stünden etwa dieselben Energieeinsparungsziele und -maßnahmen, die sie – chancenlos bei den beiden Großparteien – gerade beantragt hatte. Wenn man sich an die suffisant-unsachlichen Sager und an die höhnischen Grinser v.a. seitens SPÖ-Abgeordneter und -Landesregierungsmitglieder erinnert, fällt einem unwillkürlich der Titel des Dokumentarfilms von Verhaag & Bertram über die Durchsetzung der WAA Wackersdorf ein: „Arroganz der Macht". Denn „was interessiert mich mein Gewäsch (Energieleitbild) von gestern" – war doch alles nur für die Zuschauergalerie in einer Phase, wo die öffentliche Stimmung grad die „Energiewende" zur Mode gemacht hatte.*

Versorgung mit Strom ist sicher

Energie-Experte: An der Börse gibt es keine Anzeichen für Elektrizitätsengpässe / Neubau von Kernkraftwerken nicht nötig

Von Cerstin Gammelin

Berlin/Brüssel – Wissenschaftler sehen keine Gefahr für die dauerhafte Versorgung mit Elektrizität. „Es gibt weder an den Finanzmärkten noch an den europäischen Strombörsen Zeichen für eine Stromlücke", sagt Felix Christian Matthes vom Institut für angewandte Ökologie (Ökoinstitut) in Berlin. Die Analyse umfangreicher Marktdaten zeige „keine Preissignale dafür, dass die Kapazitäten zur Stromerzeugung besonders knapp werden", schreibt der Energieexperte in einem Diskussionspapier für Beamte der Regierung. „Die großen Stromerzeuger handeln an der Börse. Wenn es eine ernsthafte Versorgungslücke gäbe, müssten die Preise für langfristige Lieferungen deutlich steigen, da der Strom knapp würde. Das ist nicht der Fall." [...]

Würden die politischen Ziele zur Verbesserung der Effizienz, beim Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der umweltfreundlichen Strom- und Wärmegewinnung (Kraft-Wärme-Kopplung) tatsächlich umgesetzt, sei „der Verzicht auf die Kernenergie und gleichzeitig auf den Neubau emissionsintensiver Kohlekraftwerke möglich". [...]

(SZ 17.4.08)

Kommentar:
Vgl. dazu den Antrag der Bürgerliste Salzburg (oben) gegen eine Beteiligung der Salzburg AG am Kohlekraftwerk Lubmin in Norddeutschland. Für die Salzburger SPÖ und ÖVP (Unterstützung für den Lubmin-Einstieg der SAG im Landtag am 21.5.08) reicht energiestrategisches Denken nur bis zum nächsten verbaubaren Alpenfluß und zum nunmehrigen österreichischen Totschlagargument: „Sonst bleibt nur Atomstrom." (SPÖ-LH-Stv. David Brenner, 21.5.) – Vgl. ferner PN 1/2008, S. 2: „Mit Knappheitsdrohungen Strom-Autobahnen durchsetzen" – und in Deutschland die Laufzeit-Verlängerung für AKWs.

Teures Atomkraftwerk

Verzögerung bei Reaktor-Neubau in Finnland belastet Siemens

München – Es sollte das Vorzeigeprojekt der europäischen Atomindustrie werden – doch Verzögerungen beim Bau des ersten neuen Kraftwerkes in der EU seit dem GAU von Tschernobyl setzen die beteiligten Konzerne Siemens und Areva zusehends unter Druck. Siemens schloss am Montag nicht mehr aus, dass der finanzielle Schaden auf 500 Millionen Euro steigen könnte.
Auch die Börse reagiert enttäuscht auf Spekulationen über mögliche Mehrkosten. „Das scheint sich für Siemens zu einem kleinen Desaster zu entwickeln", sagte ein Händler.
(Quelle: Süddeutsche Zeitung, 1.4.08)

30.11.07

Jedes siebente Kind sieht Gewalt am Handy

Die Presse

KINDERSTUDIE 2007. *Die Videoclips zeigen Prügeleien zwischen Jugendlichen, Kriegsszenen und sogar Mord.*

Salzburger Nachrichten 30.11.07 ÖSTERREICH

Handy: Sicherheit und Gewalt

Ein Mobiltelefon zu besitzen, bedeutet für sieben von zehn Kindern Sicherheit, ergab eine Handystudie. Dabei wird jedes siebte Kind mit Gewaltvideos konfrontiert.

Ruf nach Pause für Handylärm

SN 26.3.08

Handygespräche, Musik und Bürolärm: Die Salzburger bekommen allerhand aufs Ohr gedrückt. Die ÖBB setzen jetzt auf Ruhezonen

SN 29.4.08

Fünffaches Unfallrisiko mit Handy am Steuer

77 Prozent beobachten Lenker mit Handy – 19 Prozent telefonieren ohne Freisprecheinrichtung

Die 8 Gebote der Drahtlos-Kommunikation

1. Systematisch Ohrhörer (Headset) verwenden.
2. Die Gespräche auf max. 6 Minuten begrenzen.
3. Telefonieren im Verkehr vermeiden: in Auto, U-Bahn, Zug und Aufzug, sowie wenn der Empfang schlecht ist. (Die nötige Höchstleistung des Mobiltelefons kann um das 100-fache über der Mindestleistung liegen).
4. Kindern und Jugendlichen vom Handy abraten.
5. Nie ein Handy auf den Bauch einer Schwangeren legen.
6. Das Handy weder am Gürtel noch in der Hosentasche tragen.
7. WLAN-Anschluß während der Nacht ausgeschaltet lassen.
8. Laptop nicht auf den Knien halten und nicht zu nah am Körper.

(Quelle: Nouvel Observateur, 17.4.2008)

WIZany

Seite 14 — SALZBURG — Freitag, 18. April 2008

Protest in Wals-Himmelreich ● Auf Autobahn-Grund gelten keine Mindestabstände

Sonderrecht für Handy-Masten

Protest gegen Handymasten-Pläne in Wals-Himmelreich: Am Autobahnweg wollen Mobilfunkbetreiber und die ASFINAG einen 30 Meter-Funk-Riesen aufstellen. Unfassbar: Auf Flächen des Straßenerhalters müssen überhaupt keine Abstände zu Wohnungen eingehalten werden. Die Bewohner wehren sich.

Schwarz entsorgt

85 Prozent der Handys landen im Müll

NZZ 15.4.08

Deutsche Kinderkrebsstudie: Ergebnisse noch schlimmer

In der Umgebung von Atomkraftwerken erkranken nach Ansicht renommierter Wissenschaftler noch mehr Kinder an Krebs als bisher angenommen. Drei vom deutschen Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beauftragte Epidemiologen kommen zu dem Ergebnis: Die Zahl der vermutlich durch AKW-Einfluss verursachten Leukämiefälle liegt nochmals zehnfach höher als kürzlich bei Veröffentlichung einer neuen Studie verlautbart. Zwischen 1980 und 2003 erkrankten demnach bis zu 275 Säuglinge und Kleinkinder in der Nähe der Atomanlagen zusätzlich an Krebs. In den Kommentaren zur Studie war von bis zu 29 zusätzlichen Fällen die Rede gewesen.

Mainzer Studie überprüft

Die drei Mediziner unterzogen die im vergangenen Herbst vorgelegte Studie des Mainzer Kinderkrebs-Registers (KiKK) auftragsgemäß einer Qualitätsprüfung. Die Mainzer Forscher hatten 1592 Krebsfälle bei Kindern unter fünf Jahren untersucht. Es flossen dabei die Daten von 41 Landkreisen ein, die sich in der Umgebung der 16 deutschen AKW-Standorte mit insgesamt 22 Reaktoren befinden. Es ging in etwa um einen 50-Kilometer-Radius um die Anlagen.

Das Risiko, an einem Tumor oder Leukämie (Blutkrebs) zu erkranken, steige „statistisch signifikant" mit der Nähe des Wohnortes zu einem Reaktor an, stellten die Mainzer Forscher fest. Zugleich allerdings bezeichneten sie einen Zusammenhang mit der Radioaktivität, die auch im Normalbetrieb in Abwasser und Abluft aus Atomanlagen entweicht, als „strahlenbiologisch unplausibel". Diese Einschätzung trifft bei den drei Bewertern, darunter dem Leiter des Zentrums für klinische Studien an der Universitätsklinik Essen (ZKSE), Karl-Heinz Jöckel, auf Kritik. Jöckel und seine Professorenkollegen Eberhard Greiser (Bremen) und Wolfgang Hoffmann (Greifswald) verweisen darauf, dass in den KiKK-Untersuchungen keine anderen Risikofaktoren gefunden wurden. (>Vgl. dazu „Strahlendogma der Wirklichkeit anpassen, nicht umgekehrt!" in PN 1/2008, S.4.)

Epidemiologe Hoffmann, Institutsleiter an der Uni Greifswald, lobte das Datenmaterial der Mainzer. Die KiKK-Untersuchung sei "die größte und bestgemachte Studie weltweit". Allerdings dürfe man die „plausibelste Hypothese" – dass Strahlung die Ursache ist – nicht einfach ausblenden. Er forderte, jetzt die „Strahlenhypothese" genauer zu untersuchen. In die KiKK-Betrachtung seien zudem neuere strahlenbiologische Erkenntnisse nicht eingegangen.

Sein Kollege Greiser hatte der KiKK-Studienleiterin, Professorin Maria Blettner, bereits früher vorgeworfen, nur auf die kleine Zahl von Krebsfällen in einer Fünf-Kilometer-Zone um die AKW abzuheben. Man habe es im gesamten Studiengebiet daher nicht mit 29, sondern „mit 121 bis 275 zusätzlichen Krebsfällen zu tun". Das seien acht bis 18 Prozent aller Krebsfälle bei Kindern von bis zu fünf Jahren im Studiengebiet …

(Gekürzt aus Frankfurter Rundschau, 23.4.2008. - Bundesamt für Strahlenschutz: Epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken, März 2008)

hot spots SCHWEIZ

Daten über Kinder-Leukämie in AKW-Nähe erst 2010

Der Bundesrat (Schweizer Regierung) rechnet im Jahre 2010 mit ersten Resultaten einer Studie über Leukämie bei Kindern, die in der Nähe von Atomkraftwerken wohnen.

In der heute publizierten Antwort auf zwei Vorstösse aus dem Nationalrat bekräftigte die Regierung den Plan, gestützt auf Daten des Schweizerischen Kinderkrebsregisters eine derartige Untersuchung zu veranlassen. Es handelt sich um eine Reaktion auf eine deutsche Studie im vergangenen Jahr, derzufolge das Leukämie-Risiko zunimmt, je näher der Wohnort bei einem Kernkraftwerk liegt. (> PN 1/2008, S. 3: „Kinderkrebs um Atomkraftwerke") Voraussetzung für die Durchführung der Schweizer Studie sei allerdings, so der Bundesrat, dass eine ausgewogene Finanzierungslösung unter den interessierten Stellen und Organisationen gefunden werde. Eine Verschärfung der Strahlenschutzvorschriften sei nicht geplant, solange keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse vorlägen. Sollten spätere Resultate eine Verschärfung nahe legen, werde der Bundesrat aber nicht zögern zu handeln.

(Quelle: Tagesanzeiger (CH), 10. März 2008)

hot spots SCHWEIZ

Fehlendes Krebsregister

Zürich. – Die Schweiz führt kein nationales Krebsregister. Deshalb sind vermutete Häufungen von Kinderkrebs, z. B. rund um das AKW Gösgen, nur schwer nachzuweisen. Während einige Kantone in den letzten Jahren eigene Krebsregister eingerichtet haben, verzichten ausgerechnet Solothurn und Aargau auf entsprechende Register. Silvia Ess, die Präsidentin der Vereinigung schweizerischer Krebsregister, versteht selbst nicht, warum sich in dieser Frage nichts bewegt. An den Kosten kann es kaum liegen. „Ein solches Register kostet pro Einwohner und Jahr vermutlich ein einen Franken – und damit wären alle Kosten gedeckt".

(Quelle: „Klartext Energie" (CH), März 2008)

Neue Stromnetze für Europa

„Neue Netze können in Europa nicht gebaut werden“ – wegen der bösen Widerstände – verkündet Heinz Karrer, Chef des Schweizer Stromversorgers und AKW-Betreibers Axpo. Damit will er untermauern, dass es unbedingt neue Atomkraftwerke in der Schweiz brauche.
In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall: Netz-Spezialisten wie ABB und Siemens sind ausverkauft. In Europa ersetzt Windenegie alle sechs Wochen umgerechnet ein neues Atomkraftwerk, was eine völlig neue Vernetzung erfordert. Immer öfter kommen Gleichstromkabel zum Zug, die erdverlegt und ohne Elektrosmog gebaut werden. Neu wird England mit Holland und Norwegen verbunden. Die neuen Netze erleichtern die Regulierung von Kraftwerken mit Wind und Sonne. Auch zwischen Kembs und Basel soll neu ein Erdkabel gebaut werden, welches rund 1 Prozent des Schweizer Strombedarfs decken kann.
(Quelle: Klartext Energie, Juni 2007)

Staat soll Stromnetz kaufen

Es ist zu begrüßen, wenn die EU-Kommission mit der firmenmäßigen Abtrennung der Stromnetze von den Kraftwerkskonzernen ernst machen will. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer und der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) haben am Wochenende vor einem übereilten Verkauf des Stromnetzes von Eon – an private Netzbetreiber – gewarnt. Scheer forderte, dass eine öffentliche Netzbetriebsgesellschaft unter gemeinsamer Trägerschaft des Bundes und der Länder Eigentämer aller Stromübertragungsnetze werden sollte. Stromnetze seien unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge, ebenso wie Straßen und Schienen, erklärte Scheer in Berlin.
(Quelle: SZ-Wirtschaft 3.3.08)

32 Salzburger Nachrichten

5.5.08

Windkraft im eigenen Land

Am 14. April sagte Arno Gasteiger, Vorstandsvorsitzender der Salzburg AG, dass es in Salzburg zu wenig Wind gebe und er deshalb 20 Millionen Euro in einen Windpark in Deutschland investieren würde. Nicht zuletzt auch wegen der guten Einspeistarife für Ökostrom. Eigenartig. Sein eigenes Unternehmen fördert über die Ökostrombörse ausdrücklich auch Windkraft im eigenen Bundesland. Weiß er das nicht oder will er es nicht wissen?

Aber dem Mann kann geholfen werden. Zum Beispiel herrschen am Aineck in der Gemeinde St. Margarethen im Lungau Windverhältnisse, die Küstenqualität haben. Und das sind keine Annahmen, sondern Ergebnisse wissenschaftlicher Messungen über mehrere Jahre hinweg. Zu finden sind diese Informationen unter www.samsonwind.at. Das habe ich der Salzburg AG schon des Öfteren persönlich mitgeteilt. Was Herr Gasteiger wahrscheinlich auch schon wieder „vergessen“ haben dürfte. Warum eigentlich?

Wissentlich oder unwissentlich schadet er jedenfalls Windkraftprojekten, die in Salzburg schon mehrere Jahre laufen, aber im behördlichen Genehmigungsweg nach wie vor verhindert werden. Darum dürfte es auch gehen – unliebsame Konkurrenz im eigenen Land nicht aufkommen zu lassen, oder?

Mag. Arnold Pritz
5571 Mariapfarr

Frankreich nährt Hoffnung auf Erdkabel

Entscheidung für Leitung durch die Pyrenäen – Umdenken gefordert

SALZBURG, PARIS (SN). Der Verbund will die Salzburg-Leitung als Freileitung bauen, die Bürgerinitiativen fordern das Erdkabel. Der Streit um die geplante 380-kV-Leitung zwischen St. Peter am Hart und Kaprun geht weiter.

In Frankreich ist jetzt offenbar eine Entscheidung gefallen. Umweltminister Jean-Louis Borloo hat angekündigt, dass die 400-kV-Leitung im Osten der Pyrenäen zwischen Frankreich und Spanien auf ihrer gesamten Strecke unter der Erde oder im Mittelmeer verlegt werden solle. Der Staat werde die Mehrkosten übernehmen. Der Aussage von Borloo war eine Besprechung mit EU-Mediator Mario Monti vorausgegangen. Die Politiker der Region feiern den Beschluss als Sieg. „Wenn ein derartiges Umdenken in Frankreich möglich ist, kann es eigentlich keinen Grund geben, nicht auch in Österreich die Erdverlegung zu verwirklichen“, betont Heinz Stockinger von der Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLA-

14.5.08 gekappt

Die SN hat ihren Artikel zwar am Ende selbst gekappt, doch gerade sieht man noch etwas davon: eine PLAGE-Presseaussendung nährte diese Meldung. In französischen und Schweizer Zeitungen hatten wir entdeckt, was den hiesigen Medien verborgen geblieben war, für die österreichischen und zumal Salzburger Initiativen gegen die 380kV-Freileitungen aber von einiger Bedeutung sein kann.

Windkraft: Salzburg AG betreibt Negativ-Propaganda

Die Argumentation der Salzburg AG gegen Windkraft in Salzburg erregt bei Salzburgs GRÜNEN Widerspruch: „Anders als von der Salzburg AG behauptet, gibt es auch in Salzburg durchaus rentable Standorte für die Windkraft. Allen voran zählt dazu der Pass Lueg. Wenn Salzburg AG und Zement Leube davon Abstand genommen haben, dort ein Windrad aufzustellen, dann liegt das möglicherweise an ihren überzogenen Rendite-Erwartungen aber sicher nicht an dem Wind, der dort angeblich zu wenig weht", meint Labg. Heidi Reiter, die Energiesprecherin der GRÜNEN im Landtag.
Wenn deutsche Windparks deutlich rentabler sind als österreichische, hängt das sowieso nur bedingt mit der dortigen Windmenge zusammen: In Deutschland gibt es seit Rot-Grün ein Ökostromgesetz, das Investoren mit höchst interessanten Förderungen lockt. „Würde Österreich dieses Gesetz übernehmen, dann hätten wir auch eine boomende Wirtschaft samt Innovationssprung im Bereich dieser Zukunftstechnologie. Vor allem aber wäre unser aktuelles CO2-Problem deutlich kleiner", so Reiter.
Die PLAGE findet es zynisch, wenn die SAG fäustchenreibend vom deutschen Energieeinspeisegesetz (EEG) profitiert, sich aber für ein ähnlich zukunftsweisendes Ökostromgesetz in Österreich nicht ins Zeug legt – und obendrein die hiesige Windkraft noch schlechtredet.
(Quelle: Grüne im Salzburger Landtag, 15.4.08 – vgl. links)

IPPNW-Deutschland lehnt EU-Reformvertrag ab!

IPPNW-Deutschland hat als ärztliche Friedens- und Antiatomorganisation schwere Bedenken gegen den sog. „Lissabon-Vertrag", der faktisch an die Stelle des gescheiterten EU-Verfassungsentwurfes tritt und also also wie dieser über dem deutschen Grundgesetz steht. Mit Schreiben vom 14.4.08 hatte IPPNW *(International Physicians for the Prevention of Nuclear War, dt. Sektion)* alle Abgeordneten zur Ablehnung aufgefordert. Vergeblich – wie ähnliche NGO-Bemühungen in Österreich und anderswo. Am 25.4.08 hat der deutsche Bundestag – und mittlerweile auch die Länderkammer (Bundesrat) – den EU-Reformvertrag ratifiziert. *(Quelle: eMail IPPNW-D, 4/2008)*

Austritt aus EURATOM: *Im Dezember 2007 treffen sich die Vertreter von drei NGOs mit der Grünen Umweltsprecherin im Parlament, Ruperta Lichtenecker, um die weitere Vorgangsweise in Richtung Austritt Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft zu konkretisieren. Lichtenecker (Bildmitte) hält hier die „EURATOM-Broschüre" der Atomgegner aus 1993 – deren vorausblickende Gründlichkeit sich durch die aktuellen Entwicklungen erweist – in Händen. Rechts daneben PLAGE-Vorsitzender Heinz Stockinger mit dem Gutachten von Prof.Dr. Wegener (Universität Erlangen-Nürnberg), das die Möglichkeit der Kündigung des EURATOM-Vertrages (EAG-V) durch eines oder mehrere Länder eindeutig nachweist. Ganz rechts im Bild DI Roland Egger, der Geschäftsführer von atomstopp_oberösterreich, ganz links Mag. Silva Hermann, die Klima- und Atomfachfrau bei Global 2000.*

VERSAGER

„… Monopole, die dank ihrer unangefochtenen Stellung jenseits der Grenzen auf Kundenfang gehen können."

So charaktersisiert ein Kommentar der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 4.9.07 ohne Umschweife die dirigistische Technologie- und Energiepolitik Frankreichs – auch unter Präsident Sarkozy. Der Neo-„Liberale" vergißt den Liberalismus augenblicklich, wenn es um die Schaffung oder Erhaltung von Machtinstrumenten in Frankreich und gegenüber anderen Staaten geht. So gibt es nun nach dem staatlich beförderten Zusammenschluß von Gaz de France und dem Energiekonzern Suez „fortan Electricité de France (EDF) und GDF-Suez, zwei staatlich dirigierte Monopole, die im eigenen Land subventionierte Tarife anbieten und dank ihrer unangefochtenen Stellung jenseits der Grenzen auf Kundenfang gehen können. Ein liberalisierter Energiemarkt, der auch den Verbrauchern in der EU Vorteile brächte, bleibt so ein Wunschgebilde." Und bei Frankreichs freihändigem Umgang mit Liberalisierungsvorgaben und Wettbewerbsprinzip hat Brüssel stets schon großzügig zugeschaut. Kein Wunder, da Frankreich gerade in diesem Bereich der EU-Kommission seit Anfang seine Vertreter in Schlüsselpositionen gebracht hat.

SONNE STATT ATOM

In Spanien solare Baupflicht

Bereits Mitte März 2006 hat die Madrider Regierung das neue Baugesetz mit einem Kapitel zu Energieeffizienz und Nachhaltigkeit verabschiedet. In Neubauten und renovierten Gebäuden sind 30 bis 70 % des Warmwassers solar zu decken. Die festgelegte Deckungsrate hängt von der Höhe des Warmwasserbedarfs und von der geographischen Lage des Gebäudes ab. Für öffentliche Gebäude mit über 4.000 m² Nutzfläche sind zukünftig PV-Anlagen verpflichtend vorgeschrieben. *(Quelle: Sonne Wind Wärme 5/2006)*

Siemens baut größten Windpark Europas

Die Siemens Power Generation (PG) erhielt von Scottish Power den Auftrag zur Lieferung von 140 Windenergieanlagen mit je 2,3 MW Leistung. Der schottische Energieversorger, mit dem Siemens PG bereits im Geschäft ist, benötigt die Anlagen für den Windpark Whitelee südlich von Glasgow. Es handelt sich um 100 Windturbinen des Typs SWT-2-3-93 und 40 des Typs SWT-2.3-82 VS. Mit einer Leistung von 322 MW wird Whitelee der größte Windpark Europas sein. *(Sonne Wind & Wärme 11/2006)*

Schottland wird antinuklear

London. – Mit dem Wahlsieg der Schottischen Nationalistenpartei SNP, die klar antinuklear orientiert ist, sind Pläne des englischen Stromkonzerns British Energy, im Norden der Insel ein neues AKW zu bauen, hinfällig geworden. Die SNP-Regierung gab offiziell bekannt, alle entsprechenden Arbeiten von British Energy zu blockieren. In Schottland stehen heute zwei AKW. Eines soll 2010, das zweite 2023 vom Netz gehen: ohne (Atom-)Ersatz vor Ort. Anstelle von Atomenergie plant Schottland vor allem den Bau von Windfarmen sowie die Nutzung der Energie der Meereswellen und -strömungen.. *(Quelle: Klartext Energie, Juni 2007)*

IMPRESSUM

PLATTFORM NEWS

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff. Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg,, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.
Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 4 mal pro Jahr, die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E
Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: **www.plage.cc**